

Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Ehmke MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, entwickelt Perspektiven für die 80er Jahre: SPD und FDP müssen ohne Dogmatismus Lösungen finden.

Seite 1/2

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, gibt Eltern Tips für Weihnachten: Spielzeugkauf ist keine Spielerei.

Seite 3

Hilmar Selle MdL zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (ACS): Selbständig sein - werden - bleiben.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Presse Dienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 224

21. November 1980

Perspektiven für die 80er Jahre

SPD und FDP müssen ohne Dogmatismus Lösungen finden

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der Wahlkampf scheint schon lange zurückzuliegen. Eine neue Koalitionsvereinbarung ist geschlossen, eine neue Regierung gebildet worden. Über alledem lag eine gewisse Melancholie, denn die Zeiten werden offensichtlich nicht leichter. Was aber sind die Perspektiven der Parteien für die 80er Jahre?

Fangen wir mit der Opposition an: Die auf eine Politik der Mitte und eine Koalition mit der FDP orientierten Kräfte der Union schöpfen nach der Niederlage von Strauß neuen Mut. Da die Außenpolitik zugleich ein wesentliches Element der Gemeinsamkeit der Koalition, wie der Abseitsstellung der Unionsparteien ist, stehen Apelle an die Gemeinsamkeit der Parteien in der Außenpolitik zur Zeit hoch im Kurs. Nach der CSU-Tagung in Kreuth sieht es aber schon wieder ganz anders aus: Gemeinsamkeit soll heißen, die Koalition müsse sich der Linie von Strauß anschließen (ein trotziges "und er hat doch gesiegt"). Selbst eine erneute Kanzlerkandidatur von Strauß wird nicht ausgeschlossen. Die Unionsparteien werden also bis zur wirklichen Gemeinsamkeit in der Außenpolitik noch einen schwierigen Weg zurückzulegen haben.

In der Innenpolitik sieht es nicht viel anders aus: Auf der einen Seite die Apostel der Tendenzwende, ermuntert vom Rechtsruck in den Vereinigten Staaten und von einer Erstarung konservativer Kräfte in der katholischen Kirche. Auf der anderen Seite das Wahlergebnis: Junge Wähler und andere Gruppen rücken von den Unionsparteien ab, während gleichzeitig die Kirchen und der ländliche Raum langsam aber sicher ihren traditionellen Bindungswert verlieren.

Aufgaben und Chancen der Unionsparteien liegen nicht in taktischen Lockerungsübungen gegenüber der FDP, sondern in Anstrengungen für eine glaubwürdige politische Linie und in sachlich überzeugender Opposition im Bundestag.

Veranstaltet von
unserem alten Bundesrat
Reinhold Pappe



Die Koalition zeigt sich nicht in strahlender Siegerlaune. Sie weiß, daß auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet manches schwieriger werden und nur durch Standfestigkeit der sozialliberalen Koalition zu bewältigen sein wird.

Im Bereich der klassischen Innenpolitik gibt es zwischen Sozialdemokraten und den Freien Demokraten ebenfalls grundsätzliche Übereinstimmung: Haben doch Liberalismus wie demokratischer Sozialismus ihre Wurzeln in der großen Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts.

Anders sieht es im Bereich der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik aus. Zwar sind SPD und FDP auch insoweit ohne große Konflikte zu einer neuen Koalitionsvereinbarung gekommen. Auch hier sind Unterschiede in den Grundansätzen deutlich. Auch das hat historische Wurzeln: Hat sich der demokratische Sozialismus doch immer auch als Antwort auf die bürgerliche Beschränktheit, die politische und soziale Inkonsequenz gerade des deutschen Liberalismus verstanden.

In der FDP hat außerdem seit etwa 1977 - seit dem offenen Disput zwischen "Perspektivkommission" und "Wirtschaftskommission", das heißt zwischen den Sozial-Liberalen und den Liberal-Konservativen - eine Verschiebung zur konservativen Seite stattgefunden. Gegenüber dem in der sozialen Tradition von Friedrich Naumann stehenden Freiburger Programm haben neo-liberale Strömungen Boden gewonnen. Zwar werden die staatlichen Förderungs- und Lenkungselemente unserer gemischten Wirtschaftsordnung pragmatisch akzeptiert. Ideologisch aber - und in Fragen der Gewerkschaften, der Mitbestimmung, der Struktur-, Technologie- und der Arbeitsmarktpolitik durchaus auch praktisch - sind manche Kräfte in der FDP offensichtlich auf dem Weg zurück zu Traditionen des 19. Jahrhunderts. Das wird Diskussionen in der FDP wie in der Koalition auslösen.

Für diese Diskussionen wird wichtig sein, wie die SPD die Perspektiven der 80er Jahre sieht. Die SPD muß gerade nach der politischen Niederlage der Grünen die finanziellen Notwendigkeiten und die gedämpften wirtschaftlichen Aussichten in einem ökonomisch-ökologischen Gesamtrahmen sehen: Energie-, insbesondere Öl-Sparen zum Beispiel ist nicht nur eine Frage der geringeren außenpolitischen Erpressbarkeit und des Ausgleichs unserer Leistungsbilanz. Es ist auch eine zentrale Frage des Umgangs mit Naturschätzen und der Rücksichtnahme auf unsere Mitmenschen, insbesondere unsere Mitmenschen in der Vierten Welt.

Darüber hinaus muß die deutsche Sozialdemokratie ihre Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Perspektive sehen, die Bruno Kreisky für das Grundsatzprogramm der österreichischen Sozialisten mit den Worten umschrieben hat: "Vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Demokratie."

Vieles an den wohlfahrtsstaatlichen (und das heißt eben auch etatistischen) Traditionen des europäischen Sozialismus ist Überdenkenswert. So setzen sich die deutschen Sozialdemokraten heute zum Beispiel für eine Partnerschaft von öffentlichen Händen und gesellschaftlichen Gruppen im Ausbau der sozialen Dienste, insbesondere im Bereich der Jugend- und der Seniorenarbeit, ein. So bestehen sie aber auch darauf, daß gerade eine Politik, die auch von den Arbeitnehmern Einschränkungen und Opfer verlangen muß, nur gemeinsam mit den Gewerkschaften getragen werden kann. Autoritäre Lösungsversuche - sei es von Seiten der Unternehmer, sei es von Seiten des Staates - würden keines unserer Probleme lösen, mögliche Lösungen vielmehr blockieren.

Sozialdemokraten wie Freie Demokraten stehen vor der Aufgabe, ohne Dogmatismus für neue Probleme unserer gemischten Wirtschaftsordnung konsensfähige Lösungen zu finden, in denen sich individuelle Freiheit und soziale Sicherheit gegenseitig stützen.

(-/21.11.1980/ks/ca)

+ + +



Spielzeugkauf ist keine Spielerei

Woran Eltern beim Weihnachtseinkauf denken sollten

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Weihnachten ist nach wie vor auch ein Fest des Freudemachens und des Schenkens: "Große, glänzende Kinderaugen unterm Weihnachtsbaum" - wer kennt nicht diese Bilder, mit denen wir gerade in der Vorweihnachtszeit so gerne konfrontiert werden. Doch Spielzeugkaufen ist keine Spielerei. Weniger ist hierbei oftmals besser als mehr: Ein oder zwei neue, aber liebevoll und sorgfältig ausgesuchte Spielsachen können Kinder mehr erfreuen und ihnen mehr Spaß machen als viele, die das Kind entweder überfordern oder bald langweilen und die manchmal das "schlechte Gewissen" der Eltern, zu wenig Zeit für Kinder zu haben, beruhigen sollen.

Spielzeug wird von Erwachsenen erdacht, produziert und gekauft. Mit unserem Kauf zeigen wir "Großen" unsere Vorstellungen vom Spiel der "Kleinen" und ihren (gewünschten) Aktivitäten. Doch Spielzeug bringt mehr als nur Freude und Spaß - es ermöglicht den Kindern die Auseinandersetzung mit ihrer - oftmals unbekannt - Umwelt. Einer Umwelt, die direkte, erfassbare und ergründbare Konfrontationen noch nicht ermöglicht. Kinder lernen also beim Spiel. Doch mit diesen Vorteilen sind auch Gefahren verbunden: Geschlechtsspezifisches Spielzeug kann bestimmtes Rollenverhalten verstärken und stabilisieren, wie zum Beispiel für Mädchen Puppen oder verkleinerte Haushaltsgegenstände; für Jungen technisches Spielzeug, Fußbälle oder Boxhandschuhe.

Es hat sich noch immer nicht überall herumgesprochen, daß man Jungen und Mädchen das gleiche schenken kann - wichtig sind vor allem die Neigungen und Interessen der Kinder.

Das Spielzeugangebot ist heute groß, teilweise so unübersichtlich, daß Tipps für den Einkauf sehr schwierig sind. Doch Sicherheit ist auf jeden Fall ein wichtiger Aspekt: Noch immer gibt es Unfälle, weil Plastik- oder Blechspielzeuge scharfe Kanten und Ecken haben oder aber, weil zum Beispiel die Augen von Teddybären herausgedreht oder verschluckt werden können. Die Spielzeugindustrie hat in Zusammenarbeit mit Pädagogen Gütesiegel entwickelt. Achten Sie darauf, das erspart Ihnen und den Kindern Enttäuschungen.

Kleinen Kindern sollte man kein technisch perfektes Spielzeug schenken, sondern Sachen, die die Phantasie anregen. Wenn das Kind viele verschiedene Spielmöglichkeiten selbst entdecken kann, wird es am meisten gefördert. Mini-Panzer, Kanonen, Pistolen oder Kriegsschiffe gehören nicht ins Kinderzimmer! Sie tragen nicht dazu bei, daß sich Kinder kritisch mit der Problematik von Aggression, Brutalität und Kämpfen zwischen Völkern auseinandersetzen. Kriegsgerät zum Friedensfest, "Krieg" spielen unterm Tannenbaum oder "Aufrüstung" im heimischen Garten - vielleicht noch gegen den Nachbarn - werden nicht mithelfen, unsere Welt friedliebender zu machen, die Gewalttätigkeit um uns herum und in unserer Gesellschaft abzubauen.

Und vergessen Sie beim Weihnachtseinkauf eines nicht: Die meisten Kinder wünschen sich nicht in erster Linie Kuscheltiere, Roller, Autos oder so etwas, sondern vor allem mehr Zeit für gemeinsame Spiele und Gespräche mit den Eltern. Zeit und Verständnis, das Gefühl, geliebt und anerkannt zu werden, sind ihnen viel wichtiger. Und dies nicht nur zur Weihnachtszeit.

(-/21.11.1980/ks/ca)

+ + +



Selbständig sein - werden - bleiben

Zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Von Hilmar Selle MdL

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD befindet sich seit der Bundeskonferenz im November 1978 in Gelsenkirchen in einer inhaltlichen und organisatorischen Konsolidierungs- und Aufwindphase:

- Die bestehende Organisation wurde stabilisiert und aktiviert;
- durch die Verabschiedung des Antrages "Für die freiheitliche und solidarische Selbständigenpolitik" wurde die Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD inhaltlich noch stärker verankert;
- die sozialdemokratische Selbständigenpolitik wurde gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den Selbständigen und den Verbänden des Handwerks, des Einzelhandels, der Gewerbetreibenden und der freien Berufe verstärkt dargestellt.

Zur diesjährigen AGS-Bundeskonferenz legt der AGS-Bundesvorstand erstmals einen schriftlichen Geschäftsbericht mit einigen wichtigen Arbeitsschwerpunkten und Ergebnissen vor. Dazu gehören die Wettbewerbspolitik, die Sozialpolitik, die berufliche Bildung und die Gründung der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung.

Die Konferenz 1980 steht unter dem Motto "Selbständig sein, selbständig werden, selbständig bleiben". Diesem Motto wird auch im Antragsbuch Rechnung getragen, denn die Anträge beschäftigen sich mit den Bereichen der Sozialpolitik, der Steuerpolitik und der Wirtschaftspolitik: mit den Auswirkungen auf das Selbständig-Sein, also zum Beispiel gesellschaftliche Stellung, auf das Selbständig-Werden, also zum Beispiel Existenzgründungen, und auf das Selbständig-Bleiben, also zum Beispiel Eigenkapitalausstattung.

Herausragende Anträge sind die Forderungen zur "Verbesserung der Eigenkapitalausstattung durch begrenzte steuerliche Begünstigung wiederangelegter Gewinne" und zur "Stärkung des marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerbs", die Kritik der Kreditpolitik der Bundesbank, der Beibehaltung der Ladenschlußzeiten, die Beschränkung der Banken auf ihre bankenspezifischen Tätigkeiten, die "erhebliche Eingrenzung der Nebentätigkeit öffentlich Bediensteter" und die schärfere Bekämpfung der Schwarzarbeit. Kontrovers wird die Funktion von Leihfirmen diskutiert werden. Während ein Antrag das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung durch Leihfirmen fordert, empfehlen AGS-Bundesvorstand und Antragskommission nur die weitere Einschränkung und eine stärkere öffentliche



Kontrolle der Leiharbeit, um die im Bereich der Leiharbeit aufgedeckten schwerwiegenden Mängel abzustellen.

Zum Vorprogramm der Konferenz gehört ein Empfang der Stadt Baden-Baden durch Oberbürgermeister Dr. Walter Carlein für den Vorstand; an diesem Gespräch nimmt auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Baden-Württemberg, Ulrich Lang, teil. Nach der Vorstandssitzung und der Bundesausschußsitzung lädt die Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung anlässlich der Bundeskonferenz am Freitagabend die angereisten Delegierten und Verbandsvertreter zu einem Empfang ein; der hessische Ministerpräsident Holger Börner wird dabei die Ziele der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung vortragen.

Nach der Eröffnung und Begrüßung wird der hessische Ministerpräsident Holger Börner, Mitglied des Präsidiums der SPD, das Referat zur wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Selbständigen halten. Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeiten werden der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Rolf Böhme, für den Ausschuß der Selbständigenpolitik beim Parteivorstand, und Professor Dr. Hans-Georg Schachtschabel für die Arbeitsgruppe Selbständige der SPD-Bundestagsfraktion halten. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen wird der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Hans-Jürgen Krupp, vortragen und Professor Kurt Markert, Direktor beim Bundeskartellamt, wird sich mit der Wettbewerbspolitik auseinandersetzen. "Perspektiven für die Selbständigen in den 80er Jahren" werden am Sonntag vom SPD-Landesvorsitzenden Baden-Württembergs, Dr. Erhard Eppler, und vom neugewählten AGS-Bundesvorsitzenden in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt.

Personell wird beim neuzuwählenden AGS-Bundesvorstand von wenigen Änderungen auszugehen sein. Anstelle des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Hans-Erich Schuld, Hamburg, wird der Einzelhändler Fred Ranker aus Neunkirchen/Saar vorgeschlagen.

Der Ausschuß für Selbständigenpolitik beim SPD-Parteivorstand, Vorsitzender Dr. Rolf Böhme, erarbeitete für die Bundeskonferenz der Selbständigen eine wirtschaftspolitische EntschlieÙung, die zu den Themen Marktwirtschaft in der Bewährung, Finanzpolitik und Beschäftigung, Energie und Wirtschaft, Umwelt und Rohstoffe, Strukturpolitik und Selbständige sowie zu dem Thema Jugend und Ausbildung Eckpunkte setzt. Einerseits wird vom Staat gefordert, daß er sich auch in Zeiten schwieriger Finanzlage nicht aus der Struktursteuerung und aus einer auf Stetigkeit und Überschaubarkeit aufgebauten Wirtschaftspolitik zurückzieht. Von der Wirtschaft wird andererseits erwartet, daß sie die staatliche Politik der konsequenten Zukunftssicherung durch eigene Beiträge unterstützt, und an die Unternehmer wird appelliert, daß sie genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für junge Menschen bereitstellen.

(-/21.11.1980/bgy/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

